

## KOMMENTAR

DANIEL WETZEL

## Bankrott der Energiewende

Auf seinen Lorbeeren kann sich Sigmar Gabriel nicht ausruhen, dafür bleibt keine Zeit. Gerade erst hat der Wirtschaftsminister dem Bundeskabinett eine bitternotige Reform des Ökostromgesetzes EEG vorgelegt, da schreit schon der nächste energiepolitische Brandherd nach der Aufmerksamkeit des Löschmeisters: Das Kraftwerkssterben nimmt dramatische Züge an, die Stromversorgung Süddeutschlands kann schon im übernächsten Winter nur unter Mühen aufrechterhalten werden. Danach sieht es erst recht finster aus.

Der noch unveröffentlichte Bericht der Bundesnetzagentur über die Sicherheit der Stromversorgung in den kommenden Jahren liest sich dramatisch. In den Wintermonaten wird die Blackout-Vermeidung demnach zum Härtesten der Energiewende. Weil der Ökostromvorrang immer mehr konventionelle Kraftwerke zur Aufgabe zwingt, wissen die großen Stromnetzbetreiber kaum noch, wo sie gerade in Süddeutschland wetterunabhängige, sicher planbare Leistung herbekommen sollen, um das Stromnetz stabil zu halten. Akut wird das Problem jeweils in den Wintermonaten, in denen der Stromverbrauch hoch und das Solarstromangebot selbst in den mit PV-Modulen gepflasterten Südländern gering ist.

Der noch geheime Bericht der Bundesnetzagentur enthüllt Unglaubliches: Da will man dem Energiekonzern E.ON zwar erlauben, sein bayerisches Kernkraftwerk Grafenrheinfeld im kommenden Jahr abzuschalten. Doch zu den Voraussetzungen der politisch erwünschten Stilllegung gehört, dass der französische Methusalem-Meiler Fessenheim im Erdbebengebiet des Rheingraben weiter am Netz bleibt, um im Notfall die süddeutsche Stromversorgung zu sichern. Der Atomausstieg, auf den sich Deutschland international so viel einbildet, funktioniert einstweilen also nur, weil man sich insgeheim auf Atomstrom aus einem Uralreaktor im Ausland verlässt.

Es kommt noch schlimmer: Weil die Versorgungslage im Süden ab Ende 2017 erst so richtig prekär wird, bereitet sich die Bundesregierung darauf vor, erstmals einen Kraftwerksneubau staatlich anzuordnen. Denn freiwillig ist kein privater Investor bereit, unter den Bedingungen der Energiewende Geld in neue Kraftwerke zu stecken, seien sie zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung auch noch so dringend nötig.

Deshalb arbeitet die Bundesnetzagentur bereits an der Ausschreibung für das erste deutsche „Staatskraftwerk“ der Nachkriegszeit. Es handelt sich dabei auch um das amtliche Siegel auf dem Totenschein des deutschen Energiemarktes und zugleich um die Bankrotterklärung der deutschen Energiewendepolitik.

[daniel.wetzel@welt.de](mailto:daniel.wetzel@welt.de)